

## DER UKRAINEKRIEG UND DIE RUSSEN

Das unabhängige Moskauer Meinungsforschungsinstitut „**Lewada-Zentrum**“, das 2016 vom russischen Justizministerium als „ausländischer Agent“ eingestuft worden ist, hat vom 20. bis 26. Juli 2023 unter 1.629 Menschen ab 18 Jahren in 137 Siedlungen und 50 Teilgebieten der Russischen Föderation eine repräsentative Umfrage im Rahmen eines persönlichen Interviews beim Befragten zu Hause durchgeführt mit folgenden Ergebnissen<sup>1</sup>:

Aufmerksamkeit auf den Ukrainekrieg: 23 % verfolgen den Krieg „sehr aufmerksam“ (20 % im Juni) und 36 % „ziemlich aufmerksam“ (34 % im Juni). 40 % der Befragten folgen ohne große Aufmerksamkeit oder folgen überhaupt nicht. Wie in den vorherigen Monaten – die Befragung wird monatlich durchgeführt – verfolgen Befragte aus der älteren Altersgruppe (55 Jahre und älter) den Krieg zu 74 % aufmerksam (32 % „sehr aufmerksam“, 42 % „ziemlich aufmerksam“). In der Altersgruppe von 40 bis 54 Jahren folgen 60 % der Befragten ihn (23 % „sehr aufmerksam“, 37 % „ziemlich aufmerksam“) aufmerksam, in der Altersgruppe von 25 bis 39 Jahren 48 % aufmerksam (17 % „sehr aufmerksam“, 31 % „ziemlich aufmerksam“) und von 18 bis 24 Jahren 32 % aufmerksam (6 % „sehr aufmerksam“, 26 % „ziemlich aufmerksam“).

Die Unterstützung für das Vorgehen der russischen Streitkräfte in der Ukraine ist weiterhin hoch; im Juli nahm sie leicht zu: 45 % unterstützen sie „definitiv“ (Juni 40 %), 30 % „eher“ (Juni 33 %). Die *höchste Unterstützung* für die Aktionen der russischen Streitkräfte in der Ukraine ist typisch für diejenigen (immer „ja“ und „eher ja“ addiert),

- die dem Fernsehen als Hauptnachrichtenquelle vertrauen (86 %),
- welche die Aktivitäten des Präsidenten befürworten (84 %),
- für Befragte im höheren Alter 55 Jahre und älter (82 %) und
- bei Männern (78 %).

Den *geringsten Zuspruch* verzeichnen diejenigen,

- welche die Arbeit des Staatsoberhauptes nicht gutheißen (33 %),
- auch junge Menschen (63 % der Befragten im Alter von 18–24 Jahren) und
- Frauen (72 %) zeigen seltener ihre Unterstützung,
- ebenso diejenigen, die keiner Nachrichtenquelle vertrauen (61 %).

Im Juli ist der Anteil der Befragten, die glauben, dass die „Sonderoperation“, wie der Krieg in Russland bezeichnet werden muss, erfolgreich verläuft, leicht gestiegen: waren es im Juni 54 % dieser Personen, sind es im Juli 60 %. Etwas mehr als ein Viertel (26 %) beurteilt den Verlauf der „Sonderoperation“ als erfolglos.

Unter den Befragten herrscht die Zuversicht, dass sich die Feindseligkeiten in der Ukraine hinziehen werden: Im Juli glaubten nur 10 % der Befragten, dass die Feindseligkeiten bis zu sechs Monate dauern werden (im Mai 11 %). 73 % der Befragten glauben, dass die Feindseligkeiten länger als sechs Monate dauern werden (im Mai 71 %).

Ende Juli blieb der Anteil der Befragten, welche die Fortsetzung des Krieges in der Ukraine befürworten, praktisch unverändert mit 41 % (im Juni 40 %), den Übergang zu Friedensverhandlungen befürworten mit 51 % etwas weniger (im Juni 53 %).

Der Übergang zu Friedensverhandlungen wird häufiger vertreten von Befragten in den Gruppen der 18- bis 24-Jährigen und der 25- bis 39-Jährigen, von Frauen und von Befragten, welche die Aktivitäten von Putin als Präsident nicht unterstützen. Die Fortsetzung der Feindseligkeiten wird häufiger von Vertretern der älteren Generation, Männern und Anhängern der Behörden befürwortet.

<sup>1</sup> <https://www.levada.ru/2023/07/28/konflikt-s-ukrainoj-otsenki-kontsa-iyulya-2023-goda/>

Zusammenfassung: Im Juli hat die Aufmerksamkeit für den Krieg in der Ukraine leicht zugenommen: Mehr als die Hälfte der Befragten verfolgt ihn aufmerksam, die Unterstützung für das Vorgehen der russischen Streitkräfte ist weiterhin hoch. Wie im vergangenen Monat gibt es etwas mehr Befürworter der Aufnahme von Verhandlungen als Befürworter einer Fortsetzung der Feindseligkeiten. Ungefähr drei Viertel der Befragten sind weiterhin zuversichtlich, dass die Feindseligkeiten mindestens sechs Monate andauern werden; ihre Zahl ist in den letzten Monaten langsam gestiegen.

Der Direktor des „Lewada-Zentrums“, **Denis Wolkow**, betonte in der russischen Ausgabe von „Forbes“, dass die Unterstützung der Behörden und ihrer Entscheidungen nicht aktiv sei.<sup>2</sup> Im Gegenteil seien die hohen Unterstützungsquoten nur dann möglich, wenn die Mehrheit die Möglichkeit hat, sich ins Privatleben zurückzuziehen, sich vor schlechten Nachrichten zu verstecken und ihren täglichen Geschäften nachzugehen.

Eine weitere wichtige Voraussetzung für die Unterstützung sei die Stabilisierung der Wirtschaftslage. „Der Optimismus der Verbraucher wurde durch einen im vergangenen Jahr beobachteten allmählichen Preisverfall nach einem starken Anstieg im Frühjahr und einen anschließenden Anstieg der Renten, der Zahlungen an Staatsbedienstete und Arme sowie an Teilnehmer an der ‚Sonderoperation‘ gestützt.“

Hinzu kommt, dass Oppositionspolitiker durch Propaganda und Verhaftungen aus der Liste der Politiker gestrichen wurden, die das Vertrauen der Öffentlichkeit genießen. „Für einen gewöhnlichen Russen sieht politischer Protest heute nicht attraktiv aus; er ist mit hohen Risiken verbunden und vor allem erscheint er sinnlos.“

**Greg Yudin**, Professor an der Moskauer „Hochschule für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften“, beschrieb Russland in einem Interview am 1. August 2023 folgendermaßen: „Wir sprechen von einem Land, in dem die Menschen wenig gegenseitiges Vertrauen und kaum Interesse an Politik haben, sich eher nicht politisch engagieren und auch nicht glauben, die Politik beeinflussen zu können. Der Krieg wird meist als etwas wahrgenommen, das von außen kommt, gegen das man nichts unternehmen kann.“<sup>3</sup>

Die russische Gesellschaft sei tief gespalten, er unterscheidet diese in drei Kategorien: Die erste Gruppe der Kriegsunterstützer, deren Mitglieder emotionell involviert seien, zum Teil dem Militär nahe stünden und die in der Ukraine ein brutaleres sowie aggressiveres Vorgehen fordern, dürfte 15 bis 20 Prozent umfassen. Die zweite Gruppe, die etwas größer sein dürfte als die erste, empfinde den Krieg als nicht gerechtfertigt, sei über ihn empört und betrachte ihn als einen „fatalen Fehler, der noch viel Leid über Russland bringen wird“. Die dritte Gruppe befinde sich in der Mitte, „diese Menschen halten sich nicht auf dem Laufenden und versuchen, das Geschehen zu verdrängen. Diese letzte Kategorie stellt die überwältigende Mehrheit. Und im Grunde zieht diese Mitte bereitwillig mit allem mit. Das ist die vorherrschende Haltung, weil die Chance, die Lage zu beeinflussen, gegen Null geht.“ Die Spaltungen sieht Yudin zwischen den Generationen und hinsichtlich des Einkommens. „Es ist nicht nur ein Krieg der Älteren, sondern auch ein Krieg der Reichen....Solange Putin an der Macht ist, wird der Krieg weitergehen.“

Putin gehe es in dem Krieg nicht um die Ukraine, er wolle das Reich wiederherstellen, und das umfasse alle Länder des Warschauer Paktes, umfasse also ganz Osteuropas. Für Yudin sei Russland „sicherlich ein sterbendes Reich“. Man erkenne das daran, dass es den Regionen, die es kontrollieren will, nichts zu bieten habe. Es werde nicht unbedingt mit der Auflösung Russlands enden, sondern mit dem Untergang der imperialen Idee.

<sup>2</sup> <https://www.forbes.ru/mneniya/485310-god-specoperacii-k-cemu-prislo-rossijskoe-obsestvo>

<sup>3</sup> <https://www.ipg-journal.de/interviews/artikel/solange-putin-an-der-macht-ist-wird-der-krieg-weitergehen-6882/>

**Andrej Kolesnikow**, Analytiker für russischen Innenpolitik bei der Moskauer Vertretung des „Carnegie Endowment for International Peace“, die sich im April 2022 auf Druck des Kremls auflösen musste, sah am 4. August 2023 in Russland das Modell eines „hybriden totalitären Staates und einer halb-mobilisierten Gesellschaft“, was für den durchschnittlichen Russen „völlig akzeptabel“ sei.<sup>4</sup> Es sei für ihn möglich, sich an dieses Modell anzupassen, auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Ein allmählicher Rückgang der Lebensstandards der Menschen sei die Norm seit die Wirtschaft 2024 zu stagnieren begonnen habe. Es sei diese „Gleichgültigkeit, der Opportunismus und die Anpassungsfähigkeit der Mehrheit, die Putins Regime über Wasser halten“.

Kolesnikow stellt in dem „semi-autoritären System“ inzwischen „aktive Konformisten“ fest, für die es äußerst wichtig sei, „ihre Unterstützung für das Regime zu demonstrieren und diejenigen mit anderen politischen Ansichten öffentlich zu geißeln, indem sie diese beispielsweise bei den Behörden denunzieren“. Nun verlange das Regime die „direkte physische Mitschuld der Menschen am Krieg“. Das Verhalten der Russen ähnele „weniger dem eines KZ-Häftlings als dem einer Geisel, die dem Stockholm-Syndrom zum Opfer gefallen ist und beginnt, an die Logik und die Ursache ihres Entführers zu glauben“.

**Tatiana Stanovaya**, bis zu ihrem Wechsel nach Paris Leiterin der Analyseabteilung der bekannten Moskauer Denkfabrik „Zentrum für politische Technologie“, schrieb in einem Aufsatz in „Foreign Affairs“ am 8. August 2023, dass der Ukrainekrieg begonnen habe, „Russland zu verändern, und es sind wahrscheinlich tiefgreifende intern Veränderungen im Gange in Putins Regime, in der Wahrnehmung Putins durch die Eliten und in der Haltung der Öffentlichkeit zum Krieg“.<sup>5</sup> Bisher habe der ungeschriebene Gesellschaftsvertrag gegolten, in dem der Staat Stabilität garantierte, wenn das Volk dem Kreml im Gegenzug erhebliche Freiheiten bei der Gestaltung des politischen Lebens gewährt, nach dem Einmarsch in die Ukraine „hungern die Russen nach geopolitischer Stabilität“.

Das De-facto-Verbot von Antikriegs- und Anti-Regime-Aktivitäten und die „Versteifung des patriotischen Gefühls“ hätte einen „größeren Raum für weitaus aktivere, hartgesottene und wagemutige Falken eröffnet, um in der Politik und im nationalen Gespräch an Boden zu gewinnen“. Die jüngere und mutigere Kohorte von Falken könnte eine „traditionelle ältere Generation konservativer Ideologen“ verdrängen, von denen Stanovaya Alexander Bastrykin (Leiter des Ermittlungskomitees), Sergej Naryschkin (Chef des Auslandsgeheimdienstes), Nikolaj Patruschew (Sekretär des Sicherheitsrats), Dmitrij Medwedew (Stellvertretender Vorsitzender des Sicherheitsrats) und Wjatscheslaw Wolodin (Vorsitzender der Staatsduma) aufzählt. An neuen Falken nennt Stanovaya Sergej Kirijenko (Erster Stellvertretender Leiter der Präsidentialadministration und Verantwortlicher für die vier annektierten ukrainischen Gebiete Donezk, Luhansk, Saporischschja, Cherson) und Marat Chusnillin (Stellvertretender Regierungschef, mit der Überwachung des Wiederaufbaus der zerstörten ukrainischen Gebiete beauftragt, die jetzt unter russischer Kontrolle stehen).

Die russische Öffentlichkeit werde „immer verzweifelter, antiwestlicher und antiukrainischer“, die russischen Eliten werden „immer ängstlicher und zerstrittener“. Die meisten hochrangigen Beamten, Geschäftsleute und Politiker hatten gehofft, den Krieg einfach abwarten zu können, aber jetzt fänden sie sich als „Geiseln von Putins Ambitionen“ wieder. Niemand denke ernsthaft über ein diplomatisches Ende des Krieges nach oder diskutiere darüber, „eine Vorstellung, die für viele hochrangige Russen wie eine persönliche Bedrohung erscheint, angesichts all der Kriegsverbrechen, die ihr Land begangen hat, und der Verantwortung, welche die gesamte Elite jetzt für das Gemetzel in der Ukraine trägt“.

Stanovaya kommt zu dem Ergebnis: „Die einfachen Russen scheinen immer noch den Krieg und Putin zu unterstützen, aber sie werden auch frustriert, zeigen allmählich Ungeduld mit den Eliten und fühlen sich aufgrund des ungeschickten Handelns (und der Untätigkeit) der Behörden zunehmend ver-

<sup>4</sup> <https://carnegieendowment.org/politika/90327>

<sup>5</sup> <https://www.foreignaffairs.com/russian-federation/vladimir-putin-age-chaos>

wundbar. Putin mag sich zwar hoher Zustimmungswerte erfreuen, aber hinter ihnen verbergen sich wachsende Unsicherheit, soziale Ängste und (noch) unkanalisierte Unzufriedenheit über den Verlauf der Ereignisse. Auf absehbare Zeit wird der Kreml gleichzeitig mit divergierenden internen Kräften zu kämpfen haben: einer sich verschärfenden Krise der Putin-Führung, einem wachsenden Mangel an politischer Rechenschaftspflicht, zunehmend ineffektiven Reaktionen der Behörden auf neue Herausforderungen, einer zunehmenden Fragmentierung der Eliten und einer Gesellschaft, die immer mehr gegen das Establishment gerichtet ist.“